Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder deren Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 3.—, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 3.75. Durch die Post bezogen für Deutschland u. Oesterreich vierteljährlich ℳ 4.50, für die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.

Redaktion und Expedition:
Johannisgasse 8.
Fernsprecher 153 und 222.

Filialexpeditionen:
Alfred Hahn, Buchhdlg., Universitätsstr. 3, B. Lösche, Katharinenstr. 14, u. Königspl. 7.

Haupt-Filiale Dresden:
Marienstraße 34.
Fernsprecher Amt I Nr. 1713.

Haupt-Filiale Berlin:
Carl Duncker, Herzgl. Bayr. Hofbuchhandlg., Lützowstraße 10.
Fernsprecher Amt VI Nr. 4603.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt
und
Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und des Königlichen Amtsgerichtes Leipzig, des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 25 ₰.
Reklamen unter dem Redaktionsstrich (4gespalten) 75 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 50 ₰.
Tabellarischer und Ziffernsatz entsprechend höher. — Gebühren für Nachweisungen und Offertenannahme 25 ₰ (excl. Porto).

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.
Die Expedition ist wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis abends 7 Uhr.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig

Nr. 150. **Dienstag** den 24. März 1903. **97. Jahrgang.**

Die Jesuiten und der Krieg von 1870.

8. Noch zu wenig ist bekannt, daß der Krieg von 1870 nicht nur eine große historische Entscheidung zwischen Frankreich und Deutschland gebracht, sondern auch den Protestantismus aus einer schweren Gefahr errettet hat; das deutsche Schwert, das auf den französischen Schlachtfeldern die deutsche Einheit erstritt, hat auch das fein gesponnene Netz zerhauen, das Rom der norddeutschen Vormacht des Protestantismus übers Haupt werfen wollte. Man tut gut, einige Daten in diesem Betreff sich zu vergegenwärtigen. Am 18. Juli 1870 fand in Rom die Schlußabstimmung des ökumenischen Konzils über die Unfehlbarkeit des Papstes statt, am folgenden Tage erklärte Frankreich an Preußen den Krieg. Genau zwei Monate später, am 19. September, hatte nach unerhörten Siegen das deutsche Heer um Paris den eisernen Ring gezogen, am nächsten Tage zogen die italienischen Truppen in Rom ein und vernichteten damit die weltliche Herrschaft des Papstes, die nun nicht mehr von dem Korps Napoleons III. geschützt wurde. Wie die Fäden von einem Ereignis zum andern liefen, soll hier mit Benutzung einiger neuer Nachrichten in unserm Gedächtnis wieder aufgefrischt werden: wir haben es nötig.

An der römischen Frage ist das Kaisertum Napoleons III. recht eigentlich zu Grunde gegangen, an dem unlösbaren Widerspruche, daß Napoleon die italienische Einheit, die er so kräftig gefördert hatte, doch nicht zu vollenden gestattete: er durfte nicht zulassen, daß die Italiener Rom annektierten, weil er damit den französischen Klerus, auf den er sich stützen mußte, zum unversöhnlichen Feinde seiner Herrschaft machte. Die Einflüsse seiner Umgebung, besonders der Kaiserin Eugenie, die von ihrem Großalmosenier Mensjaud beraten wurde, verhinderten ihn, das Bündnis mit Victor Emanuel zu vollziehen, der ihm gegen Preußen helfen wollte, wenn der Kaiser ihm Rom als Hauptstadt überließe. Hierüber ist noch bis in die Tage von Metz 1870 verhandelt worden. Die deutschen Siege haben dann ein Dilemma gelöst, aus dem jahrelang weder Franzosen noch Italiener einen Ausweg finden konnten.

Die römischen Einflüsse in Paris sind in den Julitagen aber auch unmittelbar von verhängnisvoller Bedeutung geworden. Unendlich viel ist in den letzten Jahren über die Entstehung des Krieges von 1870 geschrieben worden, über die spanische Kandidatur des Erbprinzen von Hohenzollern, über die Emser Depesche, über die beabsichtigte Allianz Frankreichs, Oesterreichs, Italiens gegen Preußen. Da ist es merkwürdig, daß man nie mehr auf eine wichtige Aeußerung Bismarcks im Reichstage vom 5. Dezember 1874 zurückgekommen ist:

„Daß der Krieg von 1870 im Einverständnis mit der römischen Politik gegen uns begonnen worden ist, daß das Konzil deshalb abgekürzt worden ist, daß die Durchführung der Konzilsbeschlüsse, vielleicht auch ihre Vervollständigung, in ganz anderem Sinne ausgefallen wäre, wenn die Franzosen gesiegt hätten, daß man damals in Rom wie auch anderswo auf den Sieg der Franzosen wie auf eine ganz sichere Sache rechnete, daß an dem französischen Kaiserhofe gerade die katholischen Einflüsse, die dort in berechtigter oder unberechtigter Weise — ich will nicht sagen „katholischen", sondern die römisch-politischen, jesuitischen Einflüsse, die dort berechtigter oder unberechtigter Weise tätig waren, den eigentlichen Ausschlag für den kriegerischen Entschluß gaben, ein Entschluß, der dem Kaiser Napoleon sehr schwer wurde und der ihn fast überwältigte, daß eine halbe Stunde der Friede dort fest beschlossen war und dieser Beschluß umgeworfen wurde durch Einflüsse, deren Zusammenhang mit den jesuitischen Prinzipien nachgewiesen ist: — über das alles bin ich vollständig in der Lage, Zeugnis ablegen zu können. Denn Sie können mir wohl glauben, daß ich diese Sache nachgerade nicht bloß aus aufgefundenen Papieren, sondern auch aus Mitteilungen, die ich aus den betreffenden Kreisen selbst habe, sehr genau weiß."

Es ist sehr zu bedauern, daß später niemals der Versuch gemacht worden ist, den Reichskanzler wieder auf diese wichtigen Angaben zu sprechen zu bringen, die hier mit so großer Bestimmtheit auftreten, daß man sie nicht mit dem rein politischen Bedürfnisse des Augenblicks — im Kulturkampf — erklären kann. In seinen „Gedanken und Erinnerungen" ist Bismarck nicht mehr darauf zurückgekommen; indes spricht er (II. 88) doch auch von den „ultramontanen Einflüssen, welche hofften, daß Frankreichs Siege, gesta Dei per Francos, die Ziehung weiterer Konsequenzen des Vatikanums in Deutschland, gestützt auf Allianz mit dem katholischen Oesterreich, erleichtern würden."

Nach neuen Veröffentlichungen scheint aber Bismarck vor dem Ausbruch des Krieges die geheimen Intrigen der Jesuiten nicht völlig erkannt zu haben. Zwar die Verhältnisse in Süddeutschland und Oesterreich — wo nach 1866 die ultramontanen Bestrebungen sich mit den demokratischen zur schärfsten Preußenhetze verbanden — durchschaute er; aber in Preußen selbst hat er 1870 wohl die jesuitischen Einflüsse — von denen er später in seinen „Gedanken und Erinnerungen" so oft spricht — unterschätzt. Das geht aus den 1902 erschienenen Denkwürdigkeiten Robert von Mohls hervor, der über ein Gespräch mit dem Fürsten Hohenlohe — damals bayerischem Ministerpräsidenten — vom 28. Februar 1870 folgendes meldet:

„Dies führte zu einer Besprechung der kirchlichen Zustände in Preußen, wo ich dann meine Verwunderung darüber aussprach, daß man dort die Jesuiten so ungestört festen Fuß fassen und sich immer weiter ausbreiten lasse, während doch darüber gar kein Zweifel sei, daß diese auf Befehdung des Protestantismus und folglich des Wesens von Preußen unter allen Umständen und zu jeder Zeit ausgehen werden. Der Fürst (Hohenlohe) war hierin ganz meiner Ansicht und sagte, er habe mit Bismarck wiederholt und ernstlich hierüber gesprochen, ohne ihn jedoch überzeugen zu können. Er (Hohenlohe) dürfe wohl von sich behaupten, daß niemand mit den inneren Verhältnissen der Hierarchie und dem Eingreifen der Jesuiten in dieselben vertrauter sei, als er; allein man wolle ihm nicht glauben. So habe er z. B. Bismarck vor dem Erzbischof Ledochowski gewarnt, als einem Zögling und ausgesprochenen Protegé der Jesuiten, über dessen Gesinnung er genau unterrichtet sei. Bismarck habe ihm aber gesagt, dies sei ein ganz vortrefflicher Mann, der ihnen die Polen in Ordnung halte und auf den sie sich ganz verlassen könnten. Das Unglück sei in Preußen eben, daß man sich von den Jesuiten düpieren lasse, daß diese auf alle konservativen Schrullen scheinbar eingehen."

Diese Bemerkungen gewinnen an Bedeutung, wenn man hinzufügt, daß derselbe Ledochowski noch im November 1870 nach Versailles kam, um den siegreichen König von Preußen zu einem Protest gegen die Besetzung Roms durch Victor Emanuel zu bewegen, worüber König Wilhelm wenig erfreut war, während Bismarck aus politischen Gründen die wohlwollendsten Gesinnungen für den päpstlichen Stuhl an den Tag legte. Und doch hatte schon am 1. Oktober 1870 der Mainzer Bischof v. Ketteler ein Schreiben an Bismarck gerichtet, worin er die Befürchtung aussprach, daß „die Ereignisse der Gegenwart als ein Sieg des Protestantismus über den Katholizismus zum Nachteil der Katholiken ausgebeutet werden könnten". Dazu kam dann im Dezember 1870 das Anerbieten des Papstes Pius IX., eine Abordnung von Kardinälen nach Versailles zu schicken, um den neuen Kaiser von Deutschland zu beglückwünschen. Wurde dieser in seinen Absichten allzu durchsichtige Antrag auch höflich abgelehnt, so hat Bismarck doch gehofft, auf die klerikalen „Patrioten" im bayerischen Landtage dadurch Eindruck zu machen; sie aber erklärten mit Hohn, sie wüßten recht gut, was es damit auf sich habe und daß dem römischen Hofe nichts ferner liege, als mit der angeblichen Freundschaft für das preußische Kaisertum einen rechten Ernst zu verbinden. *)

Bischof v. Ketteler hatte in jenem Briefe auch auf die Gefahr hingewiesen, daß die für Deutschland wiedergewonnenen Elsaß-Lothringer in eine „Epoche religiöser Benachteiligung" kommen könnten, wenn nämlich „ein gewisses Bestreben" entstehen möchte, sie „nach und nach zu protestantisieren". Wie sich in dieser Befürchtung eine starke Enttäuschung Roms kundgab darüber, daß durch den Sieg der Deutschen langjährige Versuche zur Katholisierung des Elsaß gehemmt wurden, möge aus folgenden Nachrichten hervorgehen, die uns neuerdings über elsässische Dinge zur Zeit des Krieges von 1870 zuteil geworden sind.

Gustav Freytag erzählt vom 9. August 1870, ein Landwirt in Ober-Modern im Elsaß hätte ihm gesagt: „Wir wußten bereits, daß es etwas geben würde, als die Pfaffen wie die Bienen umherschwärmten, denn das war beim Krimkrieg und dem italienischen gerade so." Die Geistlichen arbeiteten hier ganz im Sinne der Pariser Regierung. **) Ausführlicheres hierüber erfahren wir aus den interessanten Memoiren ***) von August Schneegans, dem verdienten Führer der autonomistischen Partei im Elsaß. Er mußte als guter Franzose zu seiner bitteren Enttäuschung den unüberwindlichen Argwohn der Franzosen gegen die Protestanten kennen lernen. „Diese Seite des 70er Krieges ist wenig bekannt und doch von großer Wichtigkeit gewesen."

„Bei ihrer Ankunft am Bahnhof erhielten unsere Soldaten geweihte Rosenkränze, Medaillen mit dem Bilde der heiligen Jungfrau, Münzen, welche sie vor den Kugeln schützen sollten . . . In den ersten Tagen des Krieges erhielt der Generalrat Krafft Briefe von mehreren Pfarreien, die ihm ankündigten, daß die Priester den heiligen Krieg gegen die elsässischen Protestanten predigten. Er begab sich zum Präfekten, um ihn davon in Kenntnis zu setzen. Der Präfekt lachte ihn aus; am selben Tage aber telegraphierte er der Kaiserin, daß die Protestanten mit den Preußen gemeinsame Sache machten. Es war nicht bloß Frankreich, das Deutschland den Krieg erklärte: es war der Katholizismus, der eine Aera neuer blutiger Kämpfe gegen den Protestantismus eröffnete . . . So war also unter dem Einflusse des Jesuitismus, der das ganze Land verderbt hatte, der Patriotismus in Frankreich erloschen; man ging diesem Kriege entgegen, indem man sich im Innern zersplitterte; man verabscheute ebensosehr die Protestanten wie die Preußen und bereitete sich vor, die Siege, die man über die Deutschen davontragen wollte, gegen uns Franzosen auszubeuten. Möchte Frankreich siegen oder besiegt werden — wir Protestanten waren jedenfalls Besiegte."

Das sind gewichtige Mitteilungen von unbestreitbarer Wahrheit, die über die tieferen Ursachen des Krieges von 1870 mehr Aufschlüsse geben, als manche emsige Kleinarbeit der Historiker. Ungeheuer waren die politischen und sittlichen Interessen, die 1870 auf dem Spiele standen; wenn jemals die Majestät des Krieges sich offenbart hat, so war es in diesem „heiligen" Kriege, dessen reinigende Gewitterschläge das schwüle Gedünst wälscher und ultramontaner Bestrebungen und Hoffnungen zerstreute.

*) Cardinal Lorenz: „Kaiser Wilhelm und die Begründung des Reichs". S. 457f.
**) „Der Krempring und die deutsche Kaiserkrone". S. 17.
***) Deutsche Rundschau, Januar 1902, bes. S. 102f.

Deutsches Reich.

+ **Berlin**, 23. März. („Zielbewußte" Bündler.) Wenn auch der Bund der Landwirte sich wohl hütet, alle diejenigen konservativen und freikonservativen Abgeordneten, die für den Antrag Kardorff eingetreten sind, zu beseitigen, weil seine Macht dazu einfach nicht ausreicht, so ist er doch in einzelnen Fällen bestrebt, „pflaumenweiche" Abgeordnete durch „rückgratfeste" Kandidaten zu ersetzen; besonders richtet sich sein Augenmerk auf Beseitigung solcher Abgeordneter, die der Reichspartei angehören. So hat er in Frankfurt a. O. an die Stelle des gegenwärtigen reichsparteilichen Abgeordneten einen hochkonservativen Kandidaten gesetzt und so beabsichtigt er auch in dem Wahlkreise Oldenburg (Holstein) den reichsparteilichen Abgeordneten Dr. Stockmar durch einen „zielbewußten" Agrarier zu ersetzen. Der Bund der Landwirte kann sich aber leicht zwischen zwei Stühle setzen. In Frankfurt a. O. ist bekanntlich der nationalliberale Geh. Rat Schwabach als Kandidat beider liberaler Parteien aufgestellt worden, und es ist sehr wohl möglich, daß dieser Bewerber an Stelle des konservativen Kandidaten in die Stichwahl mit dem Sozialdemokraten gelangt. In ihrer Wut darüber veröffentlichen die zielbewußten Agrarier beiläufig ein feines Stückchen: sie kopfstellen die Frankfurter „Ober-Ztg.", weil diese das Verbrechen begeht, für den nationalliberalen Bewerber einzutreten. „Wer nicht pariert, der fliegt hinaus", — man sieht, zwischen zielbewußten Bündlern und zielbewußten Sozialdemokraten ist wenigstens hinsichtlich der Taktik kein zu großer Unterschied. In Oldenburg in Holstein wurde bei den letzten allgemeinen Wahlen der reichsparteiliche Bewerber im ersten Wahlgange mit einer Mehrheit von über 1500 Stimmen gewählt. Die Aufstellung einer hochkonservativ-agrarischen Kandidatur läßt es höchst zweifelhaft erscheinen, ob der rechtsstehende Bewerber auch diesmal im ersten Wahlgange den Sieg erringt. Wenn sich hier die liberalen Elemente auf einen Kandidaten vereinigen könnten, ähnlich wie in Frankfurt a. O., so wäre es sehr wohl möglich, daß dieser Kandidat mit dem Bündler in die Stichwahl käme und daß die ungefähr 3000 Stimmen, die die Sozialdemokratie in diesem Wahlkreise aufbringt, in der Stichwahl den Sieg des liberalen Bewerbers herbeiführen. Ein solches Ergebnis wäre nicht nur um seiner selbst zu wünschen, sondern als Lehre für den Bund der Landwirte, daß auch seine Bäume nicht in den Himmel wachsen und daß selbst eine überwiegend ländliche Bevölkerung — im Wahlkreise Oldenburg in Holstein machen die Einwohner der Orte von unter 2000 Seelen nahezu ½ der Bevölkerung aus — nach einem prononzierten einseitigen agrarischen Radikalkonservatismus keine Sehnsucht empfindet.

C. H. **Berlin**, 23. März. (Eine interessante sozialdemokratische Berechnung.) Der Zentralverband der Maurer Deutschlands hat soeben den Vertrauensleuten die Abrechnung über die Einnahme und Ausgabe des Jahres 1902 zugesandt. Sie balanziert in der ungeheuren Höhe von 1 160 707 ℳ. Obgleich das Jahr 1902 infolge der wirtschaftlichen Konjunktur kein besonders streikreiches war, verausgabten die Maurer doch 455 611 ℳ für Streiks und Aussperren. Andere Posten in der Abrechnung sind noch viel interessanter. Für Agitation an die Gauvorstände wurde die enorme Summe von 63 043 ℳ bezahlt. Für sonstige Agitation wurden noch 1614 ℳ verausgabt. Für Reisen zwecks Streikkontrolle wurden 4740 ℳ gezahlt. Da müssen die Herren Agitatoren brillant haben leben können. Auch ins Ausland ist ein Teil des Geldes der deutschen Maurer geschickt worden. Die streikenden Kollegen in Amsterdam und in Bern erhielten ansehnliche Pöstchen. Trotz dieser hohen Ausgaben vermehrte sich das Verbandsvermögen in dem einen Jahre um 304 580 ℳ und beträgt jetzt insgesamt 1 309 105 ℳ. Gestützt auf diese großen Kassenverhältnisse, tragen die Verbandsleiter angesichts der kommenden Lohnbewegung hohes Siegesbewußtsein und starken Uebermut zur Schau. In zahlreichen Orten sind bereits die Herren Kollegen in Differenzen mit den Arbeitgebern geraten, und es sieht ganz danach aus, als ob uns das Frühjahr Streiks und Sperren in Hülle und Fülle bringen sollte. Hoffentlich erkennen die Arbeitgeber die ihnen drohende Gefahr und rüsten sich zu energischem Widerstande.

* **Berlin**, 23. März. Der zehnte Jahresbericht des polnischen „Nationalschatzes" wird auszugsweise in der nationaldemokratischen Presse bekannt gegeben. Man erfährt daraus nur, daß der Schatz von 222 380 Franken, die er Ende 1901 besaß, auf 253 192 Franken angewachsen sein soll. Im Rapperswyler Nationalmuseum, dessen Beziehungen zum Nationalschatze jetzt offen zugestanden werden, sind 1350 Franken, bei der Pariser Abteilung des „Nationalschatzes" 13 182 Franken, bei dem Verbande der polnischen Emigranten 11 331 Franken, endlich bei der amerikanischen Abteilung des Schatzes 13 840 Franken eingegangen. Die Verwaltung des Schatzes wurde der „polnischen Liga", die ihren Sitz in Paris hat, anvertraut, weil sie die „einzige Organisation ist, die auf geradem Wege die Unabhängigkeit Polens anstrebt". Aus Posen wird den „B. N. N." hierzu noch geschrieben: Früher wurde bestritten, daß der „Nationalschatz" revolutionären Zwecken dient, jetzt gibt man das schon offen zu. Wenn die verhältnismäßig geringen Bestände des Schatzes als Argument für die Harmlosigkeit der ganzen Angelegenheit angeführt werden, so ist dabei zu beachten, daß ein Kapital von etwa ¾ Million Franken, das in einem Jahrzehnt trotz Verbrauches der Zinsen angesammelt wurde, doch für die Harmlosigkeit jener Bestrebungen nicht spricht. Abgesehen davon, daß bisher über den Bestand der sogenannten amerikanischen Abteilungen des Schatzes keine Angaben gemacht wurden, darf man annehmen, daß der eigentliche „Nationalschatz" sehr viel größere Summen besitzt. Mit welchem Eifer wird nicht in Galizien der Verkauf der sogenannten „Ziegelsteine" betrieben, deren Erlös dem Schatze zufließt. Auch in Preußen und im Weichselgebiete wird eifrig gesammelt. Der „Nationalschatz" subventioniert z. B. die polnische Presse Preußens zum Teil mit nicht unerheblichen Summen; schon daraus geht hervor, daß seine Einnahmen größer sein müssen als der „Rechenschaftsbericht" zugesteht.

⊙ **Berlin**, 23. März. (Telegramm.) Zur gestrigen Mittagstafel beim Kaiserpaare waren geladen Prinz Friedrich Heinrich und General-Oberst Freiherr von Loë. Nachmittags fuhren der Kaiser und die Kaiserin nach Jagdschloß Grunewald und verweilten dort im Garten des Schlosses mit den Prinzen Adalbert und Joachim und der Prinzessin Viktoria Luise bis fünf Uhr. Zur Abendtafel waren Herren aus der Umgebung Kaiser Wilhelms I. geladen. Fürst Anton Radziwill, General-Feldmarschall Graf Waldersee, die Generale v. Werder, v. Loncadow, v. Plessen, v. Kessel, Freiherr v. Reischach, Generalarzt Dr v. Leuthold. — Heute morgen besuchte der Kaiser das Atelier des Bildhauers Brütt, um ein Tonmodell zu einer Jünglingsstatue Kaiser Wilhelms I. zu besichtigen, machte einen Spaziergang im Tiergarten, sprach beim Reichskanzler vor, empfing im königlichen Schlosse den Bildhauer Börmel, der das Modell einer für den Platz am Brandenburger Tor in Potsdam bestimmten Statue Kaiser Friedrichs III. vorstellte, und hörte den Vortrag des Stellvertreters des Chefs des Zivilkabinetts v. Valentini.

B. **Berlin**, 23. März. (Privattelegramm.) Im Reichstage ist die Vorlage zur Sicherung des Wahlgeheimnisses heute eingegangen. Es ist, wie zu erwarten war, kein Gesetzentwurf, sondern die Vorlage sucht die einfache Zustimmung des Reichstages zu der bezüglichen Abänderung des Wahlreglements nach. Sie kann daher nach der Geschäftsordnung durch einmalige Abstimmung erledigt werden, wenn der Bundesrat hiermit einverstanden ist — was selbstverständlich der Fall sein wird. (Nat.-Ztg.)

B. **Berlin**, 23. März. (Privattelegramm.) Gegenüber einer neuen auftauchenden Angabe, als Wahltermin sei der 9. Juni bestimmt worden, erfährt die „Nat.-Ztg.", daß darüber noch keine Beschlußfassung erfolgt sei.

C. H. **Berlin**, 23. März. (Privattelegramm.) Nach Ostern soll dem Reichstage auch noch ein Nachtragsetat zugehen, in dem für die Errichtung eines Marinepalastes in der Bellevuestraße Mittel gefordert werden, da angeblich durch ein günstiges Angebot die Kosten des geplanten Gebäudes sich bedeutend verringern und die Regierung jetzt auf Zustimmung des Reichstags hofft.

C. H. **Berlin**, 23. März. (Privattelegramm.) Am Sonnabend war in später Abendstunde eine Anzahl Parlamentarier beim Reichskanzler versammelt. Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, hängt dies mit der Diätenfrage zusammen, über die dem Reichstage angeblich nach Ostern eine Vorlage zugehen soll.

— Reichstagskandidaturen: In Altenburg hat die Freisinnige Volkspartei den Berliner Amtsgerichtsrat Hartmann als Reichstagskandidaten aufgestellt. Interessant ist, daß Hartmann sich im Gegensatze zu seiner Parteileitung gegen die Zulassung der Jesuiten erklärt hat. Es wird eine Stichkandidatur bleiben. — Im Fürstentum Reuß j. L. sind sich die bürgerlichen Parteien über die Aufstellung von Reichstagskandidaten noch nicht einig geworden. Wie die Verhältnisse in diesem Wahlkreise nun einmal liegen, ist nicht daran zu denken, daß eine Partei allein einen Kandidaten durchbringe. Dagegen besteht die Möglichkeit, den Wahlkreis den Sozialdemokraten abzunehmen, wenn sich die bürgerlichen Parteien auf einen gemeinsamen Kandidaten einigen. Bei der letzten Reichstagswahl wurden 5000 Konservativ-Nationalliberale, 2300 Freisinnige (die Freisinnigen hatten nur einen aufgestellt) und 14 000 sozialdemokratische Stimmen abgegeben, so daß der Sozialdemokrat Haase gewählt war. Zur Wahl waren nur etwa 68 Proz. der Wähler gegangen. — In Rudolstadt haben die Ordnungsparteien den Fürstenrat den nationalliberalen Abg. Friedberg-Halle als Reichstagskandidaten aufgestellt.

— Am Geburtstage Kaiser Wilhelms I. hatten sich, wie alljährlich, 32 ehemalige aktive Offiziere des Husaren-Regiments König Wilhelm I. (1. rheinisches) Nr. 7 zu einem Erinnerungsmahl vereinigt. An der Tafel hatte der Generaloberst Frhr. v. Loë den Ehrenplatz. Dem Generaloberst gegenüber saß der Reichskanzler Graf v. Bülow in der Oberstenuniform des Regiments. Bei der Tafel erhob sich Generaloberst Frhr. v. Loë zu einer längeren Rede, in der er u. a. auch der Beziehungen des Reichskanzlers zum Regiment gedachte. Danach sprach Graf Bülow seinen Dank für die ihm gewidmeten „lieben" Worte des Festes, v. Loë aus.

⊙ **Schwerin i. M.**, 23. März. (Telegramm.) Die „Mecklenburgischen Nachrichten" schreiben zu der Frage der Verzichtleistung der schwedischen Regierung auf die Wiedereinlösung Wismars: Seit einem Jahrhundert haben sich in Deutschland und Schweden die staatsrechtlichen Verhältnisse völlig geändert. Die einstige Zugehörigkeit Wismars zu Schweden ist nur noch eine historische Erinnerung, aus welcher beiderseits keine Ansprüche irgendwelcher Art hervortreten werden. Nichtsdestoweniger wird mit Freude und großer Anerkennung nicht